

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Attraktive Grünflächen erhalten – Umweltbetrieb Bremen neu aufstellen

Bremen verfügt über viele Parks, innerstädtische Baumbestände, Grünflächen, Friedhöfe und auch zahlreiche private Kleingärten, die der Stadt eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität verleihen. Mit einem Anteil von 9,1 % Grünflächen ist Bremen im Vergleich zum Durchschnitt der Städte (7,6 %) eine besonders grüne Stadt. Die Grünflächen sind für die Menschen Orte der Freizeit, Naherholung und Entspannung sowie Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Hauptverantwortlich für den Unterhalt und die Pflege dieser Flächen ist der städtische Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen (UBB). In den letzten Jahren war der UBB ebenso wie andere Behörden und Betriebe in Bremen Gegenstand von Restrukturierungen und Einsparungen. Der Umfang der Aufgaben ist in dieser Zeit jedoch nicht kleiner, sondern teils sogar größer geworden. So wurden in den letzten Jahren beispielsweise deutlich mehr Bäume gepflanzt als gefällt. Bei Neubauprojekten wurden oft neue Grünflächen geschaffen, die ebenfalls zu pflegen sind. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich insbesondere durch die starke Zunahme von Totholz aufgrund des Klimawandels, aber auch durch vermehrtes Salzstreuen in harten Wintern.

Für die kommenden Jahre muss daher für die Stadtgemeinde Bremen entschieden werden, in welcher Form und in welchem Umfang der UBB Dienstleistungen für die öffentlichen Grünflächen und Friedhöfe erbringen soll. Diese Frage ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil sie nicht nur den Werterhalt dieser Flächen betrifft, sondern vor allem auch die Gewährleistung der Verkehrssicherheit.

Gleichzeitig ist eine Umstrukturierung der bisherigen Organisation des UBB dringend angezeigt. Diese Aufgabe bezieht sich nicht nur auf die Arbeitsebene, sondern auch auf die Führungs- und Steuerungsebene des UBB sowie auf dessen Schnittstellen, Aufgabenteilung und Arbeitsbeziehungen zur senatorischen Behörde des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Zu beachten sind dabei auch die Herausforderungen und Chancen, die sich aus dem Auslaufen der Konzessionsverträge für die Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 für den UBB ergeben.

Angesichts des bereits jetzt hohen und absehbar weiter steigenden Durchschnittsalters der Belegschaft und der hohen Ausfallzeiten muss zukünftig auf eine ausgewogenere Altersstruktur geachtet werden. Dringend erforderlich ist zudem ein betriebliches Gesundheitskonzept, um dem hohen Krankenstand von 12 % entgegenzuwirken.

Neben der Frage der reinen betrieblichen Strukturen des UBB muss es in Bremen auch eine Diskussion über mögliche Alternativen zur jetzigen Grünflächengestaltung geben. Es soll untersucht werden, ob einzelne Grünflächen mit dem Ziel der Verringerung des Pflegeaufwands umgestaltet werden können, ohne dass die Aufenthaltsqualität leidet. Im Gegenteil, oftmals kann eine Reduzierung des Pflegeaufwands (z. B. durch geringere Mahdfrequenzen, extensive Bewirtschaftung oder eine robuste, pflegeleichtere Bepflanzung) zu einer ökologischen Aufwertung der Flächen führen. Zu berücksichtigen sind dabei insbesondere auch die Herausforderungen des Klimawandels und die Bedeutung der Grünflächen für das innerstädtische Klima.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, im Zuge der Reorganisation des Umweltbetriebs folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Neubesetzung der Leitungsfunktionen des UBB muss zeitnah erfolgen. Flankierend sind dabei die Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs zu überprüfen und zu optimieren.
2. Es soll überprüft werden, ob eine ökologische Aufwertung von Flächen zu effizienterem Pflegeaufwand führt.
3. Die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht muss sowohl organisatorisch, als auch inhaltlich höchste Priorität haben.
4. Es muss dargelegt werden, wie im Lichte der Personalplanung die Servicequalität im Friedhofsbereich aufrechterhalten werden kann.
5. Gemeinsam mit dem Personalrat sollte ein betriebliches Gesundheitskonzept erarbeitet werden, um die hohen Ausfallzeiten zu reduzieren.
6. Es ist eine ausgewogene Altersstruktur im Betrieb anzustreben. Dies sollte insbesondere durch die Übernahme von geeigneten Auszubildenden erfolgen.
7. Im Rahmen der längerfristigen Planung ist zu prüfen, ob die Eingliederung bzw. Verlagerung weiterer Aufgaben in den UBB sinnvoll ist. Eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 ist dabei zu berücksichtigen.

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum Ende des Jahres Bericht zu erstatten.

Arno Gottschalk,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen